

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	5
Einleitung	7

Kapitel I: Konstitutionsbedingungen sozialdemokratischer Politik im Nachkriegsdeutschland

1. Die allgemeinen Rahmenbedingungen für eine sozialdemokratische Neuordnungspolitik nach 1945	16
Objektrolle Deutschlands 16 – Die soziale Lage der Deutschen 18 – Spontane Neuformierung der Arbeiterbewegung 18 – Die Einheitsdiskussion in der deutschen Arbeiterbewegung 20 – Formen bürgerlicher Interessenvertretung 22	
2. Organisationselemente der Sozialdemokratie	23
3. Die programmatischen Grundlagen der SPD 1945/1946: Orientierung von Reformstrategien an Sozialismus-Vorstellungen	26
Programmatik und Pragmatismus 26	
a. Das Rahmenkonzept vom »Dritten Weg« in der SPD 27	
aa. Zur politisch-ideologischen Konstellation am Ende des Zweiten Weltkriegs 27	
bb. Die sozialdemokratische Variante vom »Dritten Weg« 29	
Kapitalismus und Faschismus 30 – Bolschewismus, Stalinismus, Kommunismus 32 – Westliche Demokratievorstellungen 33	
b. Die Konzeption der »Wirtschaftsdemokratie« 35	
4. Der parteipolitische Kampf um Machtpositionen in Westdeutschland: Die sozialdemokratische Beteiligung an einer Reparamentarisierung	42
a. Sozialdemokratische Mitarbeit »in der ersten Stunde« 42	

- b. Konstitutionalisierung und Partizipation: Die SPD nach den ersten Landtagswahlen 45
 - aa. Verfassungsgebung und Landtagswahlen in der US-Zone 46
 - Zur »Koalitionspolitik« der SPD bei der hessischen Verfassungsgebung 47 – Parlamentswahlen in der US-Zone 49
 - bb. Deutsche Selbstverwaltung in der britischen Zone 50
- c. Die Bildung und Parlamentarisierung der Bizone 52
 - Systemkonflikt und Besatzungspolitik 52 – Die Ära der Verwaltungsräte: Viktor Agartz und das Zentralamt für Wirtschaft 54 – Die Entscheidung für die Opposition im Wirtschaftsrat 55

Kapitel II: Struktureingriffe in die Wirtschafts- und Sozialordnung

1. Zum Stellenwert einer Politik der Struktureingriffe innerhalb der sozialdemokratischen Neuordnungsvorstellungen 59
2. Die Sozialisierungspolitik der SPD in Westdeutschland 60
 - a. Grundzüge sozialdemokratischer Sozialisierungspolitik nach 1945 60
 - Die »Offenheit« der Wirtschafts- und Sozialordnung in den Länderverfassungen am Beispiel Bayerns 62 – Das »Offenheitsgebot« der Besatzungsmacht am Beispiel Schleswig-Holsteins 63 – Der Umfang der Sozialisierungspolitik 64
 - b. Die Neuordnung der Ruhr – Sozialisierung in NRW 65
 - Der Auftakt der Sozialisierung in NRW 66 – Massenstreiks im Frühjahr 1947 an der Ruhr 69 – Die Gesetzgebungsarbeit im Landtag 71 – Das Veto der Besatzungsmacht und deren Neuordnungsmaßnahmen für die Ruhr 74
 - c. Die »Sozialgemeinschaften« – Sozialisierungspolitik in Hessen 76
 - Die Ausgangssituation 77 – Die Ausformulierung des Konzepts der »Sozialgemeinschaften« 78 – Das Scheitern der Gesetzgebungsarbeit 83
3. Aspekte sozialdemokratischer Bodenreformpolitik 88

Kapitel III: Versuche einer »sozialistischen Planwirtschaft«

1. Staatliche Rahmenplanung und Mitbestimmung als Grundelemente einer »sozialistischen Planwirtschaft« 92
2. Das Prinzip staatlicher Rahmenplanung 95
 - a. Ansätze staatlicher Rahmenplanung auf Länderebene 95

- Versorgung und Bewirtschaftung 96 – Staatliche Arbeitsbeschaffungs-
politik 97 – Wohnungsbauprogramme 98
- b. Bewirtschaftungs- und Preispolitik auf bizonaler Ebene 100
Die parlamentarische Behandlung des Bewirtschaftungsnotgesetzes 100 –
Die Gesetzgebung über Preisbildung und Warenhortung 104 – Wäh-
rungsreform und Streiks – ihre Rückwirkungen auf die Politik der SPD
im Sommer/Herbst 1948 108 – Die Reduktion von Bewirtschaftungs-
maßnahmen 110
- c. Marshall-Plan und »sozialistische Planwirtschaft« 113
3. Die Verankerung von Mitbestimmungsrechten 118
- a. Versuche überbetrieblicher Mitbestimmung 118
- aa. Die Wirtschaftskammer in Bremen 119
- bb. Die Neuordnung der Industrie- und Handelskammern in NRW 121
- cc. Die Bildung von Wirtschaftsstellen bei der Verwaltung für Wirt-
schaft 124
Die vorbereitende Diskussion über die Bildung der Wirtschafts-
stellen 124 – Die Auseinandersetzungen um den Runderlaß der VfW
vom 6. 12. 1948 127
- b. Zum Ausbau betrieblicher Mitbestimmungsrechte 131
- aa. Das hessische Betriebsrätegesetz – zum Spielraum sozialdemokrati-
scher Mitbestimmungspolitik auf Länderebene 132
- bb. Das BVG '52 – Eine politische Bilanz der SPD 136
- c. »Gewerblicher Konstitutionalismus« in der Wirtschaftsverfassung 138

Kapitel IV: Wirtschaftsverfassung und Grundgesetz

1. Soziale Integration der SPD auf dem Hintergrund der Restauration
in Westdeutschland 143
2. Die Gestaltung der Sozialordnung im Grundgesetz 146
- a. Politische Grundsatzentscheidungen für das zu erarbeitende Grund-
gesetz 146
Besatzungsstatut als Grundlage für eine Konstitutionalisierung der Be-
satzungsherrschaft 146 – Das Grundgesetz als Provisorium 147 – Der
Grundsatz von der originären deutschen Rechtssetzung 147 – Der Ver-
zicht auf plebiszitäre Legitimation des Grundgesetzes 148
- b. Sozialdemokratische Forderungen nach einer »Wirtschaftsverfas-
sung« 149
- c. Das Sozialstaatspostulat als verfassungsrechtliche Grundentscheidung 151
Der Verzicht auf soziale Grundrechte durch die SPD 152 – Zum Primat
des liberalen Rechtsstaates 154 – Akzentuierung des liberalen Rechts-
staates: Der Grundrechtskatalog 157 – Liberaler Rechtsstaat und Demo-

kratie 157 – Zum materiellen Substrat des Sozialstaatspostulats 158 – Das Sozialstaatspostulat als »Generalnorm« für Demokratie 158 – Das Sozialstaatspostulat als Integrationsgebot für sozialdemokratische Politik 159
d. Sicherung »vergleichbarer Lebensverhältnisse« in Westdeutschland 161

3. Der konzeptionelle Wandel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik 163
- a. Kritik der SPD an der sozialen und politischen Restauration in Westdeutschland 163
 - b. Modifikation und Anpassung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik an das spätkapitalistische System der Bundesrepublik 165
 - c. Sozialstaatlichkeit und aktive Wirtschaftspolitik 172

Schlußbemerkung: Zum politischen Handlungspotential der SPD 1945–1950 176

Anmerkungen 183

Literaturverzeichnis 220